

FK/ar

Bern, den 22. Oktober 1971

G e h e i m

p. B. A. G. A. A. A. (1)

A k t e n n o t i zAustausch von Handelsmissionen  
zwischen der Schweiz und der DDR;  
Demarche der Bundesrepublik

Auf seinen dringenden Wunsch spricht heute der Gesandte der hiesigen Botschaft der Bundesrepublik, Schlegelberger, bei Minister Miesch vor, der ihn im Beisein des Unterzeichneten kurzfristig empfängt. Der Besucher erklärt zu Beginn, dass sein Botschafter heute vom Auswärtigen Amt in Bonn ersucht worden sei, im Politischen Departement unverzüglich an höchster Stelle eine Demarche zu unternehmen. Botschafter Löns sei jedoch zurzeit von Bern abwesend; in der Erwartung, dass er den Departementsvorsteher werde aufsuchen können, lege man Wert darauf, uns jetzt schon darauf vorzubereiten. Es handle sich um die Vorsprache unseres in Bonn akkreditierten Botschafters im dortigen Aussenministerium, welche am 20. Oktober wegen unserer Verhandlungen betreffend eine Vereinbarung über den Austausch von Handelsmissionen zwischen der Schweiz und der DDR stattgefunden habe. Bonn wünsche uns folgende Stellungnahme zur Kenntnis zu bringen:

1. Die Bundesregierung hat mit Enttäuschung zur Kenntnis genommen, dass die Schweiz in Kürze mit der DDR Handelsmissionen auszutauschen gedenkt. Wenn von schweizerischer Seite auch versichert wird, es handle sich dabei um keine Aufnahme von diplomatischen Beziehungen, so bedeutet der vorgesehene Schritt





- 2 -

der Schweiz doch eine politische Aufwertung der DDR, die den Interessen der Bundesrepublik zuwiderläuft. Sollte sich die Schweiz im gegenwärtigen Zeitpunkt tatsächlich dazu entschließen, so müsste dies die Verhandlungsposition der Bundesrepublik erheblich erschweren, weil damit der Status der DDR im internationalen Bereiche gerade jetzt geändert würde.

2. Der vorgesehene Schritt der Schweiz ist umso bedauerlicher, als Rückwirkungen auf Drittländer befürchtet werden müssen. Ausser Finnland, das wegen seines besonderen Verhältnisses zur Sowjetunion eine Ausnahme darstellt, wäre die Schweiz nämlich das erste Land in Westeuropa, das seine Beziehungen zur DDR in dieser Weise formalisiert.

3. Die Bundesregierung bittet die Regierung der Schweiz, die Frage zu prüfen, ob eine Verschiebung ihrer Vereinbarung mit der DDR möglich ist.

\* \* \*

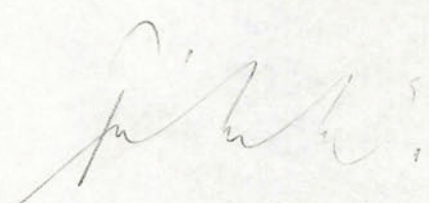
In seinen Erläuterungen zu dieser Erklärung erinnert Schlegelberger an die bisherigen Kontakte zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik. Die westdeutsche Seite habe daraus bis heute die Schlussfolgerung gezogen, dass die Vereinbarung zwischen der Schweiz und der DDR fürs nächste zu keinem Abschluss kommen werde und dass, was insbesondere deren Inhalt betreffe, für den Sitz der ostdeutschen Vertretung Zürich, keineswegs aber Bern ins Auge gefasst werde.



- 3 -

Die innerdeutschen Verhandlungen, die zurzeit in Ergänzung zum Viermächte-Abkommen über Berlin durchgeführt werden, befinden sich gemäss Schlegelberger in einer sehr delikaten Phase; ihr Abschluss sei nicht vor Beginn des nächsten Jahres, bestenfalls bis Ende 1971 vorzusehen. Vor deren Abschluss würde sich die Bekanntgabe einer schweizerisch-ostdeutschen Vereinbarung sehr ungünstig auf die Verhandlungsposition Bonns auswirken. Dies sei denn auch der Grund für Pankows Hast, möglichst rasch an ein Ziel zu kommen, weil ein diesbezüglicher Schritt eines "neutralen Musterlandes" wie der Schweiz nicht ohne Auswirkungen auf Drittländer bleiben werde.

In der Sicht Bonns bestünden gemäss Schlegelberger weniger Bedenken wegen einer Vereinbarung zwischen der Schweiz und der DDR, wenn sie zu einem Zeitpunkt erfolgen würde, der zwischen dem Abschluss der innerdeutschen Berlin-Regelung einerseits und der Unterzeichnung des Schlussprotokolls zum Berlin-Abkommen der Vier Schutzmächte anderseits läge.



Geht an die Herren Bundesrat P. Graber  
Bundesrat E. Brugger  
Botschafter P.R. Jolles  
Botschafter R. Keller  
Minister H. Miesch  
Minister H. Marti  
Minister A.L. Natural